



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 25. Januar 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1146
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die gemeinsame Sitzung des

Innen- und Rechtsausschusses (21. Sitzung), des
Finanzausschusses (26. Sitzung) und des
Wirtschaftsausschusses (11. Sitzung)

*am Donnerstag, dem 24. Januar 2013,
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Nach einer ausführlichen Diskussion und mehreren Abstimmungen über das Verfahren der Beratung führten die Ausschüsse in gemeinsamer Sitzung eine Anhörung der kommunalen Landesverbände und des Sparkassen- und Giroverbands zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Änderung des Sparkassengesetzes**, [Drucksache 18/435](#), durch. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN empfahl der federführende Innen- und Rechtsausschuss in Übereinstimmung mit dem beteiligten Finanzausschuss und dem Wirtschaftsausschuss dem Landtag sodann die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Die Ausschüsse kamen überein, die weitere Beratung zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur **Änderung des Sparkassengesetzes**, [Drucksache 18/421](#), zurückzustellen, bis die vom Innenministerium angekündigten weiteren Vorschläge zur Änderung des Sparkassengesetzes vorliegen.

Der Finanzausschuss kam vor dem Hintergrund der vom Finanzministerium vorgelegten Unterlage, [Umdruck 18/620](#), überein, das **Aktenvorlagebegehren** zur Vorlage von Akten der Landesregierung zum **Eckwertebeschluss** aus September 2012 sowie zum **Haushaltsbeschluss** aus Oktober 2012, [Umdruck 18/656](#), für erledigt zu erklären.

Der Innen- und Rechtsausschuss erklärte sich außerdem damit einverstanden, im Zusammenhang mit einem **Aktenvorlagebegehren** bei der **EU-Kommission** die bei der Beratung zum **Glücksspielgesetz** und dem dazu durchgeführten Notifizierungsverfahren von Schleswig-Holstein übersandte Stellungnahme herauszugeben.

Schluss: 15:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder